



Pressemitteilung

München/Ingolstadt 20.08.08
PM 30/08 FA
Gentechnik

Bund Naturschutz (BN) fordert den „Gentechnik-Frei-Staat“ Bayern und keine Patente auf Pflanzen und Tiere

Im Vorfeld der Landtagswahl bekräftigt der BN erneut seine Forderung nach einem gentechnikfreien Bayern und lädt ein zur Podiumsdiskussion zu diesem Thema am 6. September in Baar-Ebenhausen (Landkreis Pfaffenhofen) Veranstalter ist der BN-Landesverband zusammen mit seinen Kreisgruppen Eichstätt, Ingolstadt, Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen. Vertreten sind dabei Landtagskandidaten aller Parteien sowie der BN-Landesvorsitzende Hubert Weiger.

Alle bisherigen Erfahrungen mit dem Anbau genmanipulierter Pflanzen belegen, dass ein friedliches Nebeneinander verschiedener Anbauformen nicht möglich ist. Der Anbau genmanipulierter Pflanzen ist nicht beherrschbar! Auskreuzungen und Verunreinigungen bei der Weiterverarbeitung sind bei einer kommerziellen Anwendung von Gentech-Pflanzen unvermeidbar und unumkehrbar. „Die so genannte Koexistenz ist für die kleinbäuerlich strukturierte Landwirtschaft in Bayern bestenfalls ein Wunschtraum, der mit den Realitäten nichts zu tun hat“, so die einhellige Meinung der Vertreter der BN-Kreisgruppen aus der Region. „Eine dauerhaft gentechnikfreie Produktion und damit die Wahlfreiheit von Verbrauchern, Landwirten, Imkern oder Lebensmittelherstellern wäre nicht mehr möglich“, erklärte **Georgine Müller**, Geschäftsführerin der BN-Kreisgruppe Ingolstadt. „Die Selbstverständlichkeit gentechnikfrei zu produzieren, muss aber, unabhängig von allen Risiken der Agrogentechnik für Mensch und Natur, sichergestellt werden. und zwar ohne Mehraufwand und Zusatzkosten für diejenigen, die keine Gentechnik haben wollen“, betonte **Kurt Schmid**, Regionalreferent des BN. Jeder Acker mit genmanipulierten Pflanzen ist daher einer zu viel, auch wenn es nur ein paar hundert Quadratmeter sind. „Wir fordern deshalb die Einstellung des staatlichen Versuchsanbaus, sei es am Baumannshof, in Strassmoos oder sonst wo, weil den Gen-Mais eigentlich keiner will und die Versuche ein falsches Signal vermitteln“, so **Brigitte Streber**, stellvertretende Vorsitzende der BN-Kreisgruppe Neuburg-Schrobenhausen.

Bund Naturschutz in
Bayern e.V. (BN)
Fachabteilung München
Pettenkoferstraße 10a/I
80336 München
Tel. 089/548298-63
Fax: 089/548298-18
fa@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Keine Patente auf Pflanzen und Tiere

„Die Agrogentechnik nutzt nur einer handvoll international agierender Chemie- und Saatgutkonzerne, die über Patente auch die Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion anstreben“, erklärte **Dr. Peter Bernhart** von der Kreisgruppe Pfaffenhofen. Er sieht in der Praxis der Patentierung von Pflanzen und Tieren beim Europäischen Patentamt den „Dreh- und Angelpunkt“ bei der Gentechnik. „Kaum bemerkt von der politischen und zivilen Öffentlichkeit sichern sich Großkonzerne zunehmend die Rechte auf Natur und nehmen sie durch Patente in Besitz“, so **Bernhart** weiter. Beispiele, die der BN wegen den weit reichenden Folgen ganz besonders kritisiert, sind das bereits vor einigen Jahren erteilte „Brokkoli-Patent“ und das Patent der Fa. Monsanto auf ein Verfahren zur Schweinezucht. Auch zu dieser Thematik werden die Kandidaten der Parteien bei der Podiumsdiskussion befragt werden.

Bayerische Staatsregierung muss handeln

Trotz wiederholter Ankündigungen in den vergangenen Monaten aus den Reihen der CSU, sich in Brüssel für ein Selbstbestimmungsrecht der Länder und Regionen beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen einzusetzen, ist nichts passiert. Auch der Landtag hat die Staatsregierung Ende Juni aufgefordert, auf dieses Ziel hinzuwirken. Der BN sieht deshalb dringenden Handlungsbedarf. Den Worten müssen jetzt schnellstmöglich Taten folgen, um zumindest im kommenden Jahr die gentechnikfreie Produktion wirkungsvoller zu schützen, als dies bisher möglich ist. Es darf jetzt keinesfalls mehr bei Lippenbekenntnissen bleiben, wie sie anlässlich bevorstehender Wahlen gerne geäußert werden. Die Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten für ein gentechnikfreies Bayern fordert der BN bereits seit Jahren, insbesondere aber seit 2004, als das europäische Moratorium für den Anbau von Gentechnik-Pflanzen aufgehoben wurde.

Schutz der Imkerei überfällig und dringend erforderlich

Die Bayerische Staatsregierung muss ihre Handlungsspielräume jetzt aktiv ausschöpfen und konkrete Vorstellungen einbringen. „Dies ist sie den Verbrauchern und Landwirten in Bayern, die mit großer Mehrheit die Agrogentechnik ablehnen, längst schuldig“, so **Kurt Schmid**. Darüber hinaus fordert der BN aber auch eine Initiative der Staatsregierung, um für den Schutz der Imkerei vor gentechnischen Verunreinigungen einen rechtsverbindlichen Rahmen zu schaffen. In der bestehenden Gentechnik-Gesetzgebung wurden die damit verbundenen, vielfältigen Aspekte, entgegen den Forderungen der Imker, nämlich schlichtweg ausgespart. Die Bestäubung durch den freien Bienenflug ist eine überlebenswichtiges Element unserer Natur. Die Imkerei in Bayern sichert diese Bestäubung und versorgt die Regionen seit je her mit hervorragendem Honig. „Die Gentechnikbefürworter dürfen deshalb nicht weiter so tun als könnte man den Bienenflug kontrollieren und dabei die spezifischen Probleme totschweigen“, forderte **Albrecht Pausch**, der Vorsitzende des Imkereiverbands Pfaffenhofen. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg von Ende Mai zeigt beispielhaft die Dramatik der derzeitigen Situation. Demnach ist Honig, wenn er auch nur geringste Spuren von Genmaispollen enthält, nicht mehr verkehrsfähig und darf nicht verkauft werden. „Es kann doch nicht sein, dass wir unter enormem Aufwand mit unseren Bienenvölkern flüchten müssen, weil in der Nähe jemand Genmais anbaut. Wie soll sich denn die Situation darstellen,

wenn es in Bayern vielleicht sogar deutlich mehr als die jetzigen 11 Hektar sein sollten“, sagte **Pausch**. Der BN fordert daher, dass unverzüglich entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Imkerei ergriffen werden. Oberster Grundsatz muss auch für die Imkerei die Sicherung der Wahlfreiheit und die strikte Anwendung des Verursacherprinzips sein, d. h., wer einen Schaden verursacht, muss auch dafür aufkommen.

Bund Naturschutz fordert Genmais-Verbot

Die einfachste und schnellste Lösung ist ein Anbaustop der Genmaislinie MON 810, der einzigen Gentech-Pflanze, die in der EU für den kommerziellen Anbau zugelassen ist. Der BN appelliert daher an Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer, dem Beispiel anderer EU-Staaten zu folgen und die Zulassung in Deutschland aufzuheben. Die Möglichkeiten dazu ergeben sich aus der so genannten Schutzklausel der EU-Freisetzungsrichtlinie, wegen zunehmender Hinweise auf schädliche Umwelteffekte dieser Maissorte. So könnte auch die gentechnikfreie Produktion sofort, d.h. ab 2009 wirkungsvoll vor Verunreinigungen geschützt werden und es wäre Zeit gewonnen, bis Länder und Regionen über den Anbau genmanipulierter Pflanzen selbst entscheiden können.

Anlage: Veranstaltungsplakat

Für Rückfragen:

Kurt Schmid
Regionalreferent
Tel.: 089/548298-88
E-mail: kurt.schmid@bund-naturschutz.de

Georgine Müller
BN Kreisgruppe Ingolstadt
Tel. 0841/17510
E-mail: bund-naturschutz-ingolstadt@t-online.de

Dr. Peter Bernhart
BN Kreisgruppe Pfaffenhofen
Tel.: 08453/7380
E-mail: peter-bernhart@web.de